

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonntags.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 A. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die 3 gespaltene Kolonnen-Zeile 50 J. Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Wey. Druck von E. A. H. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaisstraße 7, 2. St. — Fernsprech-Anschluss 3002.

### Die Demokratie in der inneren Organisation.

In den politischen und wirtschaftlichen Kämpfen der Gegenwart spielt das Schlagwort eine große Rolle. Das nimmt nicht wunder. In einer Bewegung, die sich nicht auf einen intellektuell präparierten Personenzirkel, sondern auf die Massen des Volkes erstreckt, die über ihre Grundsätze und Forderungen, ihre Ziele und ihre Wege all gemein Klarheit verbreiten will und muß, macht sich naturgemäß das Bestreben geltend, bestimmte Erkenntnisse, Folgerungen und Forderungen auf eine kurze Formel zu reduzieren. Das erleichtert zwar nicht das Verständnis, aber es weckt das Interesse und fördert das Nachdenken. Es gibt gleichgültige, geistig schwerfällige, aber auch vielbeschäftigte Menschen, die zunächst überhaupt nur auf kurze Formeln reagieren. Erst wenn so ihr Interesse geweckt ist, gelingt es, ihr Denken in eine bestimmte Richtung zu zwingen, auf ein Problem zu konzentrieren, ihren Willen für eine Bewegung nutzbar zu machen.

Unter diesem Gesichtspunkt gesehen, ist das Schlagwort durchaus nicht so überflüssig oder gar schädlich, wie gemeinhin angenommen wird. Es muß nur zur rechten Zeit, am rechten Ort und zum rechten Zweck angewendet werden. Davan hapert es zuweilen. Es gibt — außerhalb wie innerhalb der Arbeiterbewegung, und innerhalb derselben bei allen Richtungen — Leute, die vergessen, daß ein Schlagwort das Wesen einer Sache, den Kern einer Frage nur andeutet, aber nicht ausschöpft, daß mithin die Beherrschung einer Summe von Schlagworten weder Wissen ist noch Wissen ersetzen kann. Diese falsche Einschätzung der Schlagworte wäre an sich nicht schlimm, wenn sie nicht zur Quelle jener Bestrebungen und Versuche würde, die aus einem propagandistischen Notbehelf — denn mehr ist schließlich kein Schlagwort — einen Leitfaden für die praktische Arbeit machen wollen. Allerdings muß anerkannt werden, daß die praktische Tätigkeit innerhalb der Arbeiterbewegung, namentlich innerhalb der Gewerkschaften, sich mehr und mehr von der Herrschaft der Schlagworte unabhängig macht, aber es gibt doch noch manchen Rest und manchen Rückschlag.

Unsern Lesern ist gewiß noch die nicht gerade erquickliche, aber in mancher Hinsicht fruchtbare Debatte über „Massen und Führer“ bekannt, die vor ungefähr 1 1/2 Jahren in Versammlungen und in der Presse der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei ausgefochten wurde. Der äußere Anlaß war der Abbruch einiger größerer Streiks durch die Zentralvorstände der betreffenden Gewerkschaften gegen den Willen der Streikenden. Die Entscheidung der Zentralvorstände gegen den Willen der direkt beteiligten Mitglieder wurde als ein Verstoß gegen das demokratische Prinzip und damit als eine Todsünde hingestellt. Die oberflächliche Betrachtung läßt diesen Vorwurf berechtigt erscheinen.

Wer sich aber von dem Schlagworte los macht und das Wesen der Demokratie näher untersucht, wird sehr bald der Auffassung Raum geben müssen, daß nicht die Zentralvorstände, sondern die beteiligten Mitglieder der Demokratie Gewalt antun wollten. Denn die Zentralvorstände handelten ja nicht als Einzelpersonen, sondern als Beauftragte und Vertreter der gesamten Mitgliedschaft; sie vertraten die große, indirekt beteiligte Mehrheit gegen eine ganz kleine direkt beteiligte Minderheit. Trotzdem ging und geht die Frage: Wer hat Recht? nicht restlos auf, weil die Vertreter der Mehrheit kein direktes Mandat für diesen Fall hatten, mithin nicht nachweisen konnten, daß tatsächlich die Mehrheit der Mitglieder ihre Haltung billige. Das Problem, das mit diesem Hinweis angedeutet ist, hat seitdem mehrere Verbände eingehend beschäftigt und in einigen Fällen zur Einschaltung besonderer Körperschaften zwischen Mitgliedschaft und Zentralleitung, also zu einer Sicherung der demokratischen Verwaltung, geführt. Eine Regelung im Sinne und nach dem Willen der Opponenten hätten den Entscheid über die Existenz vieler Tausende von Verbandsmitgliedern und über das Vermögen aller Verbandsmitglieder in die Hand einer Mitgliedschaft, ja unter Umständen des Bruchteils einer Mitgliedschaft gelegt, wäre also das gerade Gegenteil von Demokratie gewesen. Der Fall zeigt an einem Schulbeispiel, wohin die schlagwortmäßige Behandlung einer Frage führen kann.

Wir haben den Fall heute wieder aufgenommen, weil in der letzten Zeit auch in unsern Reihen bei bestimmten Anlässen eine Verletzung des demokratischen Prinzips behauptet wurde. Allerdings nicht bei Lohnkämpfen oder auch nur Fragen allgemeiner Art, sondern bei einer rein organisatorischen, durch die Ausbreitung des Verbandes an einzelnen Orten bedingten Neuerung. Es handelt sich um folgendes: In einigen Zahlstellen ist die Mitgliederzahl so hoch gestiegen, daß es gar nicht mehr möglich ist, alle Mitglieder zur Beratung und Beschlußfassung über wichtige Verbandsangelegenheiten zusammenzubekommen, weil es an Räumen fehlt, in denen eine solche Versammlung tagen könnte. Ferner sind, infolge der Zusammenschlüsse benachbarter Zahlstellen in einheitlichen Wirtschaftsgebieten, die Entfernungen vom Wohnsitz der Mitglieder zum Versammlungsort in einzelnen Fällen so groß geworden, daß die Mitglieder nur unter Zuhilfenahme der Fernsprekmittel, das heißt nur unter Aufwendung besonderer Kosten — von der Zeit einmal ganz abgesehen — die Versammlungen besuchen können. Die Folge ist, daß der Versammlungsbefugte prozentual zurückgeht, daß ein immer größer werdender Teil der Mitgliedschaft jeden direkten Einfluß auf die Leitung der Verbandsgeschäfte verliert. Um diesen Uebelstand zu beheben, haben einige Zahlstellen das sogenannte

Vertretersystem eingeführt. Die beschlußfassenden Versammlungen der Zahlstelle setzen sich danach zusammen aus Vertretern, die in den einzelnen Bezirken der Zahlstellen von den Mitgliedern gewählt werden, die von ihren Wählern Aufträge entgegennehmen und die über ihre Tätigkeit berichten müssen. Die sinngemäßige Durchführung dieses Systems sichert in räumlich sehr großen Zahlstellen den Mitgliedern die Möglichkeit, ihre Wünsche und ihren Willen vor- und durchbringen zu können.

Trotzdem wird das System häufig angefochten und bekämpft, und zwar unter Berufung auf das demokratische Prinzip. Es sei hier nur an die Ausführungen eines Kollegen auf dem Dresdner Verbandstag erinnert, der den Antrag Hamburg auf Anerkennung des Vertretersystems unter ausdrücklicher und entschiedener Berufung auf das Prinzip der Demokratie bekämpfte. Den Hinweis, daß in größeren Zahlstellen die Teilnahme aller Mitglieder an den Verbandsversammlungen praktisch schon aus Mangel an geeigneten Räumen unmöglich sei, erledigte er mit der, sachlich leider berechtigten, Feststellung, daß die Mitgliederversammlungen auch in den großen Zahlstellen selten oder nie überfüllt seien. Dem ist jedoch zu entgegnen, daß das eine merkwürdige Demokratie sein muß, die nur durchführbar ist, solange sie nicht durchgeführt wird.

Wichtiger als diese wenig stichhaltige Rechtfertigung des Bestehenden ist die Behauptung, jedes Vertretersystem sei undemokratisch. Denn diese Behauptung führt in ihrer Konsequenz zur Verneinung unserer gewerkschaftlichen und politischen Organisationsformen überhaupt. Denn sie alle sind auf dem Vertretersystem aufgebaut, und es ist fast ein guter Witz, daß das demokratische Geschick gegen das Vertretersystem in den Zahlstellen ins Feld geführt wurde auf dem Vertretertag des Verbandes und von einem Kollegen, der als Vertreter für tausend Mitglieder anwesend war. Es ist auch gar nicht denkbar, eine große Organisation demokratisch zu verwalten ohne Zuhilfenahme des Vertretersystems. Die absolute, unmittelbare Demokratie, das ist die persönliche und direkte Teilnahme aller Mitglieder einer Organisation an allen die Gesamtheit betreffenden Angelegenheiten, ist vielleicht restlos möglich im kleinsten sozialen Organismus, in der Familie, aber sie ist bestimmt unmöglich in einer Organisation, die Tausende oder gar Hunderttausende, räumlich weit voneinander getrennte Personen umfaßt.

Zwar gibt es Mittel und Wege, die Meinung aller Mitglieder einer großen Organisation zu bestimmten Fragen einzuholen (Urabstimmung), aber die Anwendung ist so kompliziert, langwierig und kostspielig, daß sie immer und überall nur als Ausnahme in Betracht kommen können. Die formelle Aufrechterhaltung der unmittelbaren Demokratie in solchen Organisationen würde praktisch einen sehr großen, in der Regel den weitaus größten, Teil aller Mitglieder von jedem Mitbestimmungsrecht ausschließen, also das Wesen der Demokratie direkt fälschen.

Ist einerseits die Durchführung der absoluten, unmittelbaren Demokratie nicht unter allen Verhältnissen möglich, so ist sie andererseits auch nicht unter allen Umständen nötig. Voraussetzung der Demokratie ist, daß alle das gleiche Recht und die gleiche Möglichkeit haben, Ziel und Weg des Gemeinwesens, dem sie angehören, mit zu bestimmen. Ob die Ausübung dieses Rechts, die Ausübung dieser Möglichkeit persönlich oder durch einen Beauftragten erfolgt, ist eine rein formale Frage und berührt zunächst das Wesen der Demokratie nicht. Zweifellos kann das Vertretersystem zu einer Fälschung des Mehrheitswillens führen, aber diese Gefahr besteht auch, wie oben schon gesagt wurde, bei der unmittelbaren Ausübung des Mitbestimmungsrechts. Die mittelbare Demokratie, das heißt die Einschaltung von Vertretungskörpern, an sich ist durchaus keine Sünde wider das Prinzip der Demokratie. Das wäre sie erst dann, wenn nachgewiesen würde, daß sie immer und die unmittelbare Demokratie nie zur Fälschung des Mehrheitswillens führt. Ein solcher Nachweis ist jedoch bisher noch nicht einmal versucht, geschweige denn geführt. Solange er aber nicht geführt ist, halten wir daran fest, daß das Wesen der gewerkschaftlichen Demokratie nicht darin besteht, daß die Gesamtheit der Mitglieder in allen Fragen mitbestimmt, daß, wie Plato sagt, „alle in alles hineinreden“, sondern darin, daß die Gesamtheit der Mitglieder — richtiger gesagt, die Mehrheit der Mitglieder — jederzeit das Recht und die Macht hat, sei es durch einfache Willensäußerungen, sei es durch Entziehung und andre Verteilung gegebener Vollmachten, die Gesetzgebung und Verwaltung der Organisation richtunggebend zu beeinflussen. Dieses Recht und diese Macht zu befestigen oder auch nur herabzumindern, ist aber weder der Zweck noch der Erfolg der Einführung des Vertretersystems. Wohl aber schafft die Einführung dieses Systems in manchen Fällen den Mitgliedern die Möglichkeit, ihr Recht zu benutzen, ihre Macht auszunutzen.

Mit diesen Ausführungen soll nicht gesagt sein, daß die Einführung des Vertretersystems in den Zahlstellen immer und überall notwendig oder auch nur nützlich ist. Es kann zahlreiche Gründe geben, die gegen eine solche Neuerung ins Feld geführt werden müssen. Aber das können immer nur Zweckmäßigkeitsbedenken sein, die von Fall zu Fall aufzuheben und entschieden werden. Diese Bedenken richten sich nur gegen den Versuch, eine im Interesse der Organisation und zur Wahrung des Selbstbestimmungsrechts der Mitglieder unter bestimmten Verhältnissen notwendige organisatorische Reform mit der Berufung auf das „demokratische Prinzip“ abzuweisen.

### Der Kapitalismus und das Familienleben der arbeitenden Klassen.

Dem unerfülllichen Moloch Kapitalismus ist nichts heilig. Er zerstört nicht nur die Möglichkeit eines friedlichen Ausgleichs der Unternehmer- und Arbeiterinteressen, indem er eine wachsende Verschärfung der Klassengegensätze herbeiführt; er zerstört vor allem auch das Familienglück der arbeitenden Klassen, indem er dem Ernährer nur einen kargen und völlig unzureichenden Lohn für lange und schwere Arbeit zukommen läßt, ihn zeitweilig zur unfreiwilligen Arbeitslosigkeit und Arbeitseinschränkung zwingt und damit bewirkt, daß Frau und Kind erwerbstätig sein müssen.

Es liegt auf der Hand, daß unter diesen Umständen das Familienleben der arbeitenden Klassen schweren Schädigungen und Gefahren ausgesetzt ist. Das Verhältnis zwischen den Ehegatten wird nur zu oft durch Zwistigkeiten und Herwürfnisse getrübt, die aus der wirtschaftlichen Notlage und den zwingenden Erwerbsverhältnissen herrühren. Die Arbeiterwohnung ist kein wirkliches Heim mehr, das Ruhe und Erholung nach des Tages Arbeit gewährt, ja nur zu häufig ist von den profitstüchtigen Unternehmern die Arbeitsstätte in die Arbeiterwohnung verlegt worden. Darunter muß die Kindererziehung schwer zu Schaden kommen. Gerade die Erziehung der Kinder ist für die arbeitenden Klassen ein so außerordentlich wichtiges Gebiet, weil sie dazu angetan ist, die breiten Massen aus der wirtschaftlichen und geistigen Bedürfnislosigkeit herauszuführen. Um so schwerer wiegen die Schäden, die ihr durch die unsozialen Verhältnisse der kapitalistischen Produktionsweise zugefügt werden. Das Schlimmste ist aber, daß nicht nur die Erziehung vernachlässigt wird, sondern daß die Vernachlässigung die direkte Gefahr der Verwahrlosung in sich birgt und der Kriminalität Vorschub leistet. Eine Statistik über die preussische Fürsorgeerziehung läßt erkennen, daß nicht nur die Zahl der Höglinge im Wachstum ist, sie läßt auch erkennen, daß die Zahl der Familien, aus denen Höglinge in Zwangserziehung genommen werden, in den wirtschaftlich schwächsten Bevölkerungsschichten am größten ist. Gegenüber diesen amtlichen Nachweisen kann es kein Ableugnen der vom Kapitalismus ausgehenden schädigenden und zerstörenden Einflüsse auf das Familienleben der arbeitenden Klassen geben.

Aber auch das körperliche Wohl und die Gesundheitspflege der Kinder des arbeitenden Volkes ist infolge der ungünstigen Beeinflussung des Familienlebens, infolge der unsozialen Verhältnisse schwerer Schäden ausgesetzt, besonders da, wo unter den ungünstigsten Wohnungsverhältnissen auch noch Heimarbeit der Frauen und Kinder antritt. Unter den trostlosesten Verhältnissen wickelt sich das Leben dieser Kerne ab. Am notwendigsten muß geputzt werden, damit die Arbeit recht billig wird und die famose kapitalistische Konkurrenzfähigkeit und Rentabilität auf ihre Rechnung kommt — was tut es, daß immer wieder ungezählte Menschenleben zugrunde gerichtet werden, wenn nur der Profit ansteigt! Mag auch die Beschäftigung der Kinder nicht gerade eine gefährliche sein, so wiegen doch die geistige Verkümmern und die gesundheitlichen Schädigungen um so schwerer. Und dabei handelt es sich zumeist um Schädigungen, die durch die Arbeiter- und Kindererziehungsgesetzgebung unberührt bleiben. So sagt, um ein Beispiel anzuführen, der Bericht der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten für das Jahr 1909 über den Einfluß der gewerblichen Arbeit auf die körperliche Entwicklung der Kinder:

„Die Beschäftigung der Kinder ist zumeist eine leichte und dem kindlichen Körper angemessene. Sie werden daher im allgemeinen, bis auf wenige Ausnahmen, in denen zumeist die bitterste Not die Eltern zwingt, auch die jüngeren Kinder ausgiebiger zur Arbeit heranzuziehen, nicht überanstrengt. Die Beamtin fand aber häufig Veranlassung, die Betriebsinhaber zu deren oft großen Erstaunen auf die heiße und schlechte Luft in den Arbeitsräumen, auf die darin herrschende allgemeine Unordnung, auf nicht gemachte Betten usw. aufmerksam zu machen. Auf die Beschaffung von Lüftungsvorrichtungen gerichtete Vorschläge begegneten oft dem Einwande, das Brennmaterial sei zu teuer, um die einmal angewärmte Luft ins Freie lassen zu können. Es ist leider noch gegen manches Vorkreuz anzukämpfen, unter dem namentlich die weniger widerstandsfähigeren jüngeren und schwächlicheren Kinder gesundheitlich zu leiden haben.“

Zu all den Uebeln der Heim- und Kinderarbeit kommt noch der Umstand, daß die Sonntage voll mit gewerblicher Tätigkeit ausgedrückt werden, weil eben der lärgliche Verdienst nicht ausreicht. Die Kinder werden in ihrer gesundheitlichen Entwicklung auch dadurch schwer geschädigt, daß sie ihre Schulferien der gewerblichen Tätigkeit opfern müssen. In ihrer ganzen körperlichen und geistigen Entwicklung werden diese armen Kinder so niedergehalten und benachteiligt, daß sie als erwachsene Menschen oftmals für andre Arbeiten nicht gebraucht werden können und weder für andre Arbeit noch für höhere Bedürfnisse ein Interesse haben. Freilich, dem Unternehmertum ist damit sehr gedient. Es ist in der Lage, der Konkurrenz immer die Spitze zu bieten, ohne selbst von seinem gewohnten Verdienst etwas abzutreten. Das zu tun überlassen die Unternehmer den Arbeitern und ihren Familienangehörigen, die ja schließlich durch vermehrte Heimarbeit und durch Ueberstunden und Sonntagsarbeit den Verlust wieder wettmachen können. Dazu sind sie doch da! Sie sollen ja gar keine höheren Interessen haben, damit sie immer nur ihre Aufmerksamkeit der Arbeit zuwenden; damit sie es nicht als Eingriff in ihre persönliche Freiheit, in ihre

Menschenrechte und Lebensinteressen erkennen, wenn ihnen immer mehr Lasten aufgebürdet und für sie immer teuere Lebensverhältnisse geschaffen werden. Sie sollen es auch nicht als Bestrafung ihres Familienlebens empfinden, wenn infolge des unzulänglichen Verdienstes des Ernährers, infolge der anhaltenden Verteuerung des gesamten Arbeiterhaushaltes und infolge der zerrütteten Produktionsverhältnisse mit ihren Betriebsbeschränkungen und Wirtschaftskrisen die gewerbliche Nebenbeschäftigung, die Frauen-, Heim- und Kinderarbeit an Boden gewinnt. Liegt es doch im Interesse der Unternehmer und Kapitalisten, wenn das ganze Dichten und Trachten der breiten Masse des Volkes nur immer auf die gewerbliche Tätigkeit und auf die Gewinnung neuer Erwerbsmöglichkeiten gerichtet ist — immer und immer, Tag und Nacht, in und außer der Werkstatt, dem Hause. Um so leichter werden ja auch die arbeitenden Klassen die fortschreitende Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel, der Verbrauchsgüter und der Wohnungen, sowie die Nachwirkungen wirtschaftlichen Tiefstandes als unabwendbar hinzunehmen und durch Ausbehnung der Erwerbstätigkeit in der Werkstatt, im Hause und in der Fabrik auszugleichen gesonnen sein. Doch selbst dadurch ein voller Ausgleich nicht möglich ist, weil sich dem wirtschaftliche und gesundheitliche Grenzen entgegenstellen, kann wohl als erwiesen gelten, zumal auch zahlreiche amtliche Befragungen vorliegen. So sagt unter anderem der Jahresbericht der schottischen Gewerbeaufsichtsbematen für das Jahr 1909:

„Die während des größten Teiles des Berichtsjahres anhaltende ungünstige Geschäftslage, namentlich in der Textilindustrie, machte, um Arbeiterentlassungen möglichst zu vermeiden, Verstärkungen der Arbeitszeit und vielfach die Einschaltung von Feiertagen erforderlich. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter ersufte infolgedessen eine erhebliche Verschlechterung, zumal an Lohnerhöhungen auch nach Überwindung des geschäftlichen Tiefstandes wegen der niedrigen Verkaufspreise nicht zu denken war. Besonders fühlbar machten sich die andauernd hohen Preise der Lebensmittel, der sonstigen Verbrauchsmittel und der Verbrauchsgüter geltend. Nur verhältnismäßig wenige Arbeiter konnten gegen Ende des Jahres, als es hier und da an Arbeitskräften zu fehlen begann, ihre wirtschaftliche Lage durch die nunmehr nötig gewordenen Ueberstunden wieder etwas verbessern.“

Die vernünftige Wirkung solcher Zustände auf das Familienleben und Familienglied der arbeitenden Klassen, auf Gesundheit und Erziehung läßt sich gar nicht ausdenken.

### Die Gewerkschaften Großbritanniens im Jahre 1911.

Zu Ende des Jahres 1911 bestanden in Großbritannien und Irland 1168 Gewerkschaften mit 3 010 346 Mitgliedern. Die Zahl der Organisationen nahm im Laufe des Jahres nur um 15 zu, der Mitgliederstand aber vermehrte sich um 569,623 oder 23,3 Prozent. Eine so bedeutende Ausbreitung der Gewerkschaften während eines einzigen Jahres steht in Großbritannien beispiellos da; noch nie war der Mitgliederzuwachs auch nur ähnlich ausgiebig. Die Zunahme der Mitgliederzahl betrug z. B. 1907 297 575 oder 14 Prozent; 1906 193 672 oder 10 Prozent; 1899 160 306 oder 6,6 Prozent; 1897 120 296 oder 8 Prozent; 1900 107 228 oder 5,9 Prozent usw. In allen andern Jahren blieb die Mitgliederzunahme unter 100 000 zurück oder es herrschten Mitgliederverluste (1902 bis 1904, 1908, 1909). Veranlaßt wurde die rege Agitation der Verbände der ungelerten Arbeiter und die von ihnen geführten gewerblichen Bewegungen. Den alten „jünglichen“ Gewerkschaften passte die Regsamkeit der ungelerten Arbeiter nicht, sie wollten — wie die gute „Kirche“ — eine ruhige Entwicklung oder, besser gesagt, sie wollten sich vom Unternehmertum ruhig ausbeuten und aushungern lassen. Zu ihren Berichten jammern diese Jünglinge über „labour unrest“ (Arbeitsunruhen) schlimmer als die Unternehmer. So sagt z. B. der Generalsekretär der Steam Engine Makers' Society, eines Maschinenbauerverbandes, der 1911 seine Mitgliederzahl von 13 401 auf 14 359 erhöhte, daß die Maschinenbauer „nicht von der herrschenden Streikepidemie betroffen“ wurden, und daß sie am Verhandlungstisch viel bessere Ergebnisse erzielt; und weiter, daß „in den letzten zwölf Monaten die gewerblichen Kämpfe zweifelslos ein wahrer Fluch waren“, denn wenn damit überhaupt etwas erreicht wurde, so seien „die Kosten weit außer Verhältnis zu den erzielten Vorteilen“. Nachdem der Mann eine Weile so jammert, ruft er die — Arbeiterpartei um ein Gesetz zur Verhinderung von Streiks an. Was die Maschinenbauer und andre, die am Verhandlungstisch allzu sehr hängen, erreicht haben, beweisen die amtlichen Berichte über Lohnanhebungen, die zeigen, daß bei ihnen im letzten Jahrzehnt Lohnreduktionen vorherrschten. Das sehen viele ein, und der Generalsekretär des großen Schiffbauerverbandes schreibt z. B. in seinem Bericht für 1911, „der nationale Kollektivvertrag hindert und hindert auch die Lohnreduktionen, welche die Lage des Gewerkes verschlechtert“.

Zach sehen wir zu unserer gewerblichen Statistik zurück. Aus ihr geht hervor, daß die Organisationen der Seelen- und Eisenarbeiter im Jahre 1911 ihre Mitgliederzahl verdreifachten; Ende 1910 betrug sie 80 406, Ende 1911 aber 245 359. In der ersten Hälfte des laufenden Jahres kam es das Wachstum noch an; nun, nach dem verheerenden Streik im Londoner Hafen, werden gewis Mitgliederverluste eintreten, denn gar mancher ist verjagt worden. Sollen die reichen Gewerkschaften der gelerten Arbeiter gehalten, wie sie es vernachten, so wäre diesen Arbeitern die Niederlage und den Unternehmern der Triumph erspart geblieben.

Die Gewerkschaften der ungelerten Fabrik- und allgemeinen Hilfsarbeiter vermehren ihre Mitgliederzahl von 118 745 auf 227 306 oder um 91 Prozent. Zunächst kommen dann die Transportarbeiter zu Lande, mit Ausschluß der Eisenbahnen, deren Organisationen von 47 503 auf 84 089 Mitglieder zunehmen oder um 77 Prozent. Die Eisenbahnergewerkschaften hatten Ende 1911 185 379 Mitglieder oder um 60 Prozent mehr als am Jahresbeginn. Die Mitgliederzahl der ungelerten schlicht organisierten Bauhelfer steigt von 12 217 auf 18 945, das ist um 55 Prozent.

Die Gewerkschaften aller anderen Berufs nehmen um weniger als 20 Prozent zu; die Hammer um 11 Prozent, die übrigen Bauhandwerker um nicht ganz 3 Prozent, die Bergarbeiter um 2 Prozent, die Metallarbeiter, Maschinenbauer und Schiffbauer

um 12 Prozent, die graphischen Arbeiter um 4 Prozent, die Holzarbeiter um 17 Prozent, die Textilarbeiter um 16 Prozent usw.

In der folgenden Tabelle wird die Verteilung der Gewerkschaftsmitglieder nach Gewerbegruppen veranschaulicht.

Gewerbegruppen	1910	1911
Baugewerbe	156 909	178 036
Bergbau	729 938	747 819
Metallgewerbe und Schiffbau	369 654	414 083
Textilgewerbe	379 226	435 389
Bekleidungs-gewerbe	67 038	74 670
Eisenbahndienst	116 214	135 379
Sonstiges Transportwesen zu Lande	47 503	84 089
Seelen- und Hafenarbeiter	80 406	245 359
Graphische Arbeiter	74 275	77 161
Allgem. Fabrik- und Hilfsarbeiter	118 745	227 306
Sonstige Gewerbe	300 795	346 055
<b>Zusammen</b>	<b>2 440 723*</b>	<b>3 010 346</b>

Zunahme gegen das Vorjahr 3,2% 23,3%

Von 1902 bis 1911 betrug die Mitgliederzunahme der britischen Gewerkschaften 53,2 Prozent.

Im Jahre 1911 befanden sich unter den 3 010 346 Gewerkschaftsmitgliedern 272 858 weibliche Personen gegen 221 283 im Jahre 1910. Die Zunahme machte, wie im allgemeinen, 23,3 Prozent aus. Ueber 60 Prozent der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder entfallen auf die Organisationen der Baumwollarbeiter.

## Arbeiter, bist du dabei?

Im Kampfe zählen nur die Lebenden, nur die gellen etwas, die mitstreben, großen Zielen entgegen. Die freien Gewerkschaften zählten Ende 1911 **2 400 018 Mitglieder.**

Gehörst du zu diesen gewerkschaftlich organisierten, zu diesen Millionen, die wissen, wohin sie gehören, die alle Tage kämpfen für Lohn und Licht, für Zeit und Kultur?

Die freien Gewerkschaften hatten 1911 zusammen **72 086 957 Mark Einnahme.**

Gehörst du zu denen, die die Arbeiterbewegung durch ihre Pfennige so widerstandsfähig, so sturm-gewaltig und sicher machen?

Die freien Gewerkschaften gaben an reinen Unterstützungen, ohne die Kosten für Kämpfe mit Arbeitseinstellung, in der Zeit von 1891 bis 1911 **142 117 336 Mark für Unterstützungen** aus.

Hast du mit dafür geforgt, daß die hundert Millionen das Rückgrat der Kranken, der Arbeitslosen, der Rechtsuchenden stärken konnten?

In dem Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften waren 1911 organisiert **1 324 722 Personen.**

Hast du so für dich und deine Familie geforgt? Gehörst du zu denen, die als Konsument dem Unternehmer keine Profite mehr gewähren?

Der Umsatz der vorbenannten Genossenschaften betrug 1911 insgesamt **506 011 000 Mark,**

die Eigenproduktion **80 691 000 Mark!**

Bist du bei jener Million Arbeiterfamilienwäter, die so ihre Pfennige zu gigantischen Millionenbergen anwachsen zu lassen verstanden?

Gib Antwort! Bist du organisiert? Weist du, wohin du gehörst? Sorgst du dich um die Stärkung der Macht der Bewegung deiner Klassengenossen?

Wenn du es noch nicht getan hast, so: **Organisiere dich!**

**Dies die Forderung, die für dich geschrieben wird!**

In den übrigen Gewerben sind die Arbeiterinnen schlecht organisiert.

Der bedeutendste Verband der allgemeinen Hilfsarbeiter ist die National Union of Gas Workers and General Labourers, deren Vertreter im Abgeordnetenhaus Will. Thorne und J. H. Olynes sind. Dieser Verband gibt bedauerlicherweise keinen Jahresbericht, sondern nur einen Finanzbericht heraus, in dem die Mitgliederzahl nicht angeführt wird. Aber daß sie 1911 bedeutend zunahm, ergibt sich aus der Steigerung der Einnahmen an Aufnahmegebühren und Beiträgen, die sich 1910 auf 18 943 Pfund Sterling (zu je 20 Mk. im Wert) beliefen, 1911 jedoch auf 31 601 Pfund Sterling oder um 67 Prozent mehr. Die Mitgliederzahl, die Ende 1910 32 040 betrug, wird entsprechend gestiegen sein. Die Aufnahmegebühr der Gasworkers and General Labourers ist — für britische Verhältnisse — sehr niedrig; sie stellt sich für erwachsene Männer auf 1 s 8 d oder 1,66 Mk. für weibliche Personen und männliche Jugendliche auf 1 s 1/2 d oder 1,04 Mk. Der Wochenbeitrag der Männer beträgt 3 d (25 Pf.), jener der Frauen und Jugendlichen 1 1/2 d (12 1/2 Pf.). An Unterstützungen gewährt der Verband bei Streiks und Ausperrungen den Mitgliedern der 3-d-Klasse wöchentlich 12 1/2 s (12,50 Mk.), den Mitgliedern der 1 1/2-d-Klasse die Hälfte. Bei vollständiger Invalidität erhalten die Mitglieder der 3-d-Klasse eine Abfindung von 50 Pfund Sterling (1000 Mk.), bei teilweiser Invalidität 20 Pfund Sterling (400 Mk.), weibliche Mitglieder und männliche Jugendliche be-

\* Die im 17. Bericht über die Gewerkschaftsbewegung pro 1910 angegebenen Zahlen stimmen mit jenen in der letzten Nummer der „Rote Arbeiter“ veröffentlichten nicht ganz überein.

kommen die Hälfte. Außerdem wird Rechtsschutz gewährt, besonders in Unfallstreitigkeiten.

Im letzten Jahre bezifferten sich die Gesamteinnahmen des Verbandes auf 34 822 Pfund Sterling, die Gesamttausgaben auf 24 351 Pfund Sterling, und der Vermögensbestand stieg von 2704 Pfund Sterling auf 13 175 Pfund Sterling. Ausgegeben wurden für Rechtsschutz 619 Pfund Sterling (12 380 Mk.), Invalidenunterstützung 755 Pfund Sterling (14 100 Mk.), für Streik- und Ausperrungsunterstützung 4023 Pfund Sterling (80 460 Mk.), für Gehälter 7940 Pfund Sterling, für Miete usw. 1737 Pfund Sterling, für Drucksachen und Schreibmaterial 1609 Pfund Sterling usw.

Die National Amalgamated Labourers' Union (Sitz Swansea) nahm im Jahre 1911 von 3549 Mitgliedern auf 5380 Mitglieder zu, also um 1831. Ihre Einnahmen betragen 4080 Pfund Sterling, ihre Ausgaben 4536 Pfund Sterling, und der Kassenbestand nahm von 4099 Pfund Sterling auf 3643 Pfund Sterling ab. Für Streik- und Ausperrungsunterstützung allein wurden 2364 Pfund Sterling (47 280 Mk.) auszugeben, für Kranken-, Unfall- und Ablebensunterstützung 313 Pfund Sterling (6260 Mk.), für Notfallunterstützung 74 Pfund Sterling (1480 Mk.), für Altersunterstützung 26 Pfund Sterling (520 Mk.), für Rechtsschutz und Gerichtskosten 1720 Pfund Sterling (34 400 Mk.), für Gehälter 955 Pfund Sterling usw.

Bei der Amalgamated Society of Gasworkers, Brickmakers and General Labourers (Gasarbeiter, Ziegler und allgemeine Arbeiter, Sitz Birmingham) ergab sich 1911 eine Mitgliederzunahme von 3805 auf 5649. Die Einnahmen dieses Verbandes betragen 782 Pfund Sterling, die Ausgaben 2777 Pfund Sterling, und das Vermögen stieg von 4932 Pfund Sterling auf 5138 Pfund Sterling. Von den Ausgaben entfielen nur 190 Pfund Sterling (3800 Mk.) auf Streikunterstützung, dagegen 633 Pfund Sterling (12 660 Mk.) auf Unfallunterstützung, 118 Pfund Sterling (2360 Mk.) auf Arbeitslosenunterstützung, 151 Pfund Sterling (3020 Mk.) auf Sterbegeld, 257 Pfund Sterling (5140 Mk.) auf Beiträge an andre Gewerkschaften, 772 Pfund Sterling auf Gehälter usw.

Von der National Amalgamated Union of Labour, einem allgemeinen Arbeiterverband, der Ende 1910 16 017 Mitglieder hatte, war ein Bericht für 1911 nicht zu haben.

Ueber die wirtschaftlichen Erfolge, welche die Arbeiter Großbritanniens im letzten Jahre erzielten, werden wir nächstens berichten. H. F.

## 19. Generalversammlung des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen.

Der diesjährige Ortskrankenkassenstag wurde vom 18.—21. August in Köln abgehalten. Die Tagung war von 396 Kassen, die 4 189 291 Mitglieder zählen, durch 905 Delegierte besetzt. Außerdem waren eine Reihe Vertreter von Behörden anwesend. Auf der Tagesordnung standen eine ganze Reihe Referate. Das erste hielt Dr. Sanauer, Frankfurt, über „Gewerbekrankheiten und Reichsversicherungsordnung“. Der Redner betonte, daß mit der Entwicklung der Technik die Gewerbekrankheiten in ganz erheblichem Maße zugenommen haben, daß dies aber in Ermangelung einer brauchbaren Statistik nicht zahlenmäßig nachzuweisen sei. Auch die Tuberkulose rangiert der Referent unter die Berufskrankheiten. Redner legte dann in großen Zügen auseinander, daß der Zusammenhang zwischen bestimmten Krankheiten und bestimmten Berufen sich sehr wohl nachweisen lasse, wenn die Krankenkassenstatistiken so geführt würden, daß sie Angaben über den Beruf der Kranken enthalten und wenn die Anzeigepflicht bestünde. Weides müsse angestrebt werden. Freilich wollten viele Arbeitgeber von der Einführung der Anzeigepflicht in den Krankenkassenstatistiken nichts wissen, doch müsse der hieran interessierte Teil, die Krankenkassen bzw. die Arbeiter im allgemeinen, darauf drängen, denn nur dann könne einem Uebel zu Leibe gerückt werden, wenn es erkannt sei. Redner führte die Ortskrankenkasse der Kaufleute in Berlin als musterhaftig auf diesem Gebiete an und wünscht, daß nach deren Beispiel auch anderweitig verfahren werde, um brauchbares Material für die Arbeiterjugendgesetzgebung zu erhalten. Als sehr notwendig bezeichnet der Referent die Anstellung von Gewerbeärzten. Auch die Heranziehung von Arbeitern zur Kontrolle in den Betrieben sei wünschenswert. Da der § 363 des neuen Krankenkassengesetzes die Grundlage für die Prophylaxe gibt, so müsse im Interesse der Krankenkassen und ihrer Mitglieder ein möglichst ausgedehnter Gebrauch von diesen Rechten gemacht werden. Auch mit den Rechten möge eine Vereinbarung dahin getroffen werden, daß diese zur Ausfertigung einer Schlußdiagnose veranlaßt würden. Jede Kasse, welche mit Eintritt der neuen Reichsversicherungsordnung sich nicht den § 363 anzuwe machen, begehe eine schwere Unterlassungssünde. Redner forderte die Errichtung von medizinisch-statistischen Bureaus und konsultiert mit Genehmigung, daß der ausführende Paragraf des Krankenkassengesetzes das jetzt vordringlichste, so bekannte Sozialpolitiker schon vor zehn Jahren gefordert hätten. Nun möge man aber auch verstehen, die Situation auszunutzen. — Die Ausführungen ernteten lebhaften Beifall und wurden in der Debatte unterstützt.

Ein sehr wichtiges Thema: „Das Verhältnis der Krankenkassen zu den Ärzten“ behandelte Herr Dr. Trachsel, Köln. Unter fast lautheller Stille der imposanten Versammlung schilderte Redner in sehr anschaulicher Weise, wie seinerzeit der Leipziger Verzeverband den gesetzgebenden Körperschaften mit Vergeltungsmaßregeln drohte, wenn man ihnen nicht zu Willen sei und wie die gespaunte Situation lediglich das Produkt des Verhaltens des Leipziger Verzeverbandes sei. Der Referent erörtert weiter das unwürdige Verhältnis der einzelnen Verze zu ihrem Verbands durch die Unterwerfung eines Meberes, in dem sie sich völlig abhängig von dem Willen der Leitung des Verzeverbandes machen. Mit vollem Recht habe selbst das Sachliche Ministerium Front gemacht gegen die Hummungen des Verzeverbandes. Das, was der Verzeverband androhte, sei nichts weniger wie der Generalstreik, die Verweigerung ärztlicher Hilfe auf Grund nicht einwandfreier Manipulationen. Die Krankenkassen befinden sich in der Verteidigungsstellung und böten die Hand zum Frieden auf einer vernünftigen Grundlage. Das unbedingte Festhalten des Verzeverbandes an dem Königsberger Programm sei keine Basis, auf der verhandelt werden könne. Um ihre sozialen Aufgaben erfüllen zu können, bedürften die Kassen gewis der Mitarbeit der Verze, deren nachter, wirtschaftlicher Interessenstandpunkt lasse aber jede soziale Auffassung vom ärztlichen Berufe vermissen. Es sei nicht richtig, wenn vom Leipziger Verband behauptet werde, daß eine wirtschaftliche Besserstellung der Verze nicht erfolgt sei. Die Beiträge aus den Krankenkassen seien von 2,13 Mk. pro Kopf auf 5,85 Mk. gestiegen. Trotzdem werde sich aber die Honorarfrage erden lassen. Den Kassen aber einseitig ein bestimmtes System der Honorierung aufzuzwingen, das müsse grundsätzlich und bestimmt zurückgewiesen werden. Der Leipziger Verzeverband könne unmöglich erwarten, daß die Krankenkassen die wirtschaftliche Frage der Verze lösen könnten. Dazu müßten die Verze schon andre Wege einschlagen. Die Krankenkassen, welche zum Schutze der Arbeiter und für die Arbeiter ins Leben gerufen sind, haben soziale Aufgaben zu erfüllen im Interesse des Volkswohls, im Interesse der Allgemeinheit. Und dieses Volkswohl stehe höher als die wirtschaftlichen Interessen einer bestimmten Berufs-kasse. Da es dem Verzeverbande anscheinend an einer einseitigen Meinung fehle, gefühlige Hilf: den Krankenkassen aber nicht in genügender Weise zur Seite stehe, so müssen die Kassen sich selbst zu schützen suchen. Die Ausführungen fanden allseitige, lebhafteste Zustimmung.

Am zweiten Verhandlungstage referierte Herr Eichstädt, Weimar, über: „Einhebung der Beiträge für die In-





## Chemische Industrie

### Die Angestelltenfrage in der chemischen Großindustrie.

In den Direktionsstufen der Großindustrie wird die Betriebsführung zu einer Kunst, zu einer Wissenschaft ausgebildet. Der kapitalistische Wettbewerb hat die einzelnen Firmen gezwungen, sich zu vergrößern. Aus den Fabriken sind Riesenwerke geworden, die modernen Unternehmungen der chemischen Großindustrie haben sich auch in räumlicher Ausdehnung zu ungeheuren Produktionsstätten entwickelt. Zugleich treten damit die Notwendigkeiten in der Bewältigung neuer Verwaltungsarbeiten hervor. Die Betriebe sind durch Massenproduktion, durch Arbeitsteilung, durch Maschinenwirtschaft fein verästelt, und nun kommt es darauf an, von diesem kompliziertesten Betrieb eine genaue Uebersicht zu erhalten und ihn bis zu seinen feinsten Verzweigungen genau zu verwalten.

In den Bureaus wird deshalb auch eine entsprechende Arbeitsorganisation durchgeführt. Hier ist eine Angestelltenbureauration entstanden. Denn überall im industriellen Großbetrieb erhebt sich auf dem breiten Fundament der Handarbeiterschaft, pyramidenförmig und rangstufig abgegliedert, der industrielle Verwaltungsapparat, zusammengesetzt aus geistigen Lohnarbeitern, die für den Unternehmertapitalisten den Betrieb zu führen und zu verwalten haben.

Die wichtigste Gruppe ist der Berufsstand der Chemiker, dessen Wirkungskreis sich scheidet in Laboratoriumsarbeit und Fabrikationsüberwachung.

Im Versuchslaboratorium werden mit Hilfe von tausendfältigen Zerlegungen und Zusammensetzungen unter steter Kontrolle wissenschaftliche Formeln neue Stoffe gesucht oder neue Herstellungsverfahren ausprobiert. Probleme, deren Lösung im Interesse der Vereinfachung oder Verbilligung des Fabrikbetriebes liegt, Erfindungen von Fremden, die der Firma zum Ankauf angeboten werden, oder Entdeckungen und Vorschläge der eigenen Beamten werden einer sorgfältigen, langwierigen Prüfung unterzogen. Im Laboratorium, das die fertigen Fabrikate auf ihre Güte und Zusammensetzung untersucht, wandern ferner von den einzelnen Betriebsabteilungen Arbeitsproben, über deren Brauchbarkeit dort entschieden wird.

Neben dem Laboratoriumschemiker arbeitet der Betriebschemiker. Dieser ist der Produktionsleiter. Er hat den Arbeitsvorgang zu überwachen, hat die technischen Hilfsmittel, Maschinen und Transporteinrichtungen, dem Herstellungsprozeß einzufügen und für eine möglichst gewinnbringende Produktion Sorge zu tragen.

Seit einigen Jahren macht sich auch unter diesen technischen Angestellten ein gewerkschaftliches Verbandsleben geltend. Der Bund der technisch-industriellen Beamten ist vor etwa 7 Jahren gegründet worden mit dem ausgesprochenen Programm die gewerkschaftlichen Organisationsformen der Arbeiter nachzubilden, das heißt, die Verbesserung der sozialen Lage dieser geistigen Lohnarbeiterschaft durch den gewerkschaftlichen Kampf zu erreichen. Eine Zeitlang wurde die Frage diskutiert, eine gesonderte Gewerkschaftsorganisation der Chemiker zu gründen, aber man ist davon abgetommen, und so sind die Chemiker als Berufsgruppe neben den Elektrotechnikern, den Maschinenbauangestellten, den Hüttenleuten im Bund der technisch-industriellen Beamten organisationsfähig.

Natürlich hat diese Entwicklung der Angestelltenbewegung auch den Widerstand der Unternehmer hervorgerufen. Nicht zuletzt die chemische Großindustrie hat hier ihren Ruf als Scharfmachergruppe befestigt. Sie hat es ihren Angestellten verboten, sich gewerkschaftlich zu organisieren und die gleichen Mittel der Maßregelung und der schwarzen Listen gefunden, die sie bei der Bekämpfung der Arbeiterchaft anwendet. Dabei haben gerade die Herren um Duisberg herum, die immer in Festreden und Festschriften den Siegeslauf der chemischen Großindustrie so herbei verherrlichen, die aller schlimmsten „Dienstverträge“ ihren angestellten Chemikern aufgezogen. Es sind Gewaltverträge, mit denen die Bestimmungen über Erfinderschutz und Konkurrenzklausele einseitig festgelegt werden. Der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands darf von sich sagen, daß er auf allen seinen Tagungen, sofern Angestelltenfragen verhandelt wurden, den Arbeitgeberstandpunkt in der gleichen schroffen Form vertreten hat, wie das gegenüber der Arbeiterbewegung geschieht.

Trotzdem wird die Großindustrie die Gewerkschaftsbewegung der Angestellten ebensowenig aufhalten können, wie die Arbeitergewerkschaften gegen ihren Willen immer größer und mächtiger geworden sind. Denn die treibenden Faktoren dieser Bewegung sind wirtschaftliche Ursachen, der Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit, die Gesetze kapitalistischer Wirtschaftsweise. Der Bund der technisch-industriellen Beamten hat die ganze Technikerbewegung radikalisiert, hat die ersten Vorpostengefechte mit den Unternehmern hinter sich, und so wird sich den Unternehmern auch hier im Wirtschaftsleben eine neue Macht entgegenstellen.

Merkt man sich es in der Angestelltenbewegung nicht an Reaktionserscheinungen, an Menschen, die der Entwicklung ausweichen wollen. Auch die Angestelltenbewegung hat ihre Gelben und ihre Streikbrecher.

Dazu gehört als Organisation der Deutsche Werkmeisterverband. Er zählt über 50 000 Mitglieder. Aber trotz seiner numerischen Stärke ist er ein Hemmschuh für die übrigen Angestelltenverbände gewesen. Wenn man der Verbandsleitung glauben wollte, besteht zwischen den Werkmeistern und den großindustriellen Arbeitgebern die schönste Interessensharmonie. In allen gemeinsamen Aktionen hat der Werkmeisterverband sich vor der Entschärfung gedrückt, hat sich den Unternehmern unterworfen, statt die Interessen seiner Mitglieder zu verteidigen. Jede Opposition in den eigenen Reihen dieser Taktik gegenüber ist niedergehalten worden. Die Bundesgenossenschaft der Unternehmer mit dem Vorstand des Deutschen Werkmeisterverbandes dokumentiert nun ein recht eigenartiger Brief, der die Angestelltenpresse durchläuft und auch in der Arbeiterpresse zitiert worden ist.

Es handelt sich um jenes Schreiben des Herrn Dr. Hoff vom Arbeitgeberverband der nordwestdeutschen Eisen- und Stahlindustriellen. Da wird zunächst mitgeteilt, daß die Bezirksvereine

der Werkmeister in Düsseldorf die Arbeitgeber um Geld angeschnorrt haben. Die Arbeitgeber haben darauf festzustellen gesucht, ob die Werkmeister noch als attige Kinder an ihrem Gründungsprogramm festhalten. Die Zensur ist nicht ganz gut ausgefallen. Es werden Oppositionsstimmen, „gewerkschaftliche Neuherungen“, Angriffe auf die „nationale Arbeiterbewegung“, die radikalere Haltung der „Berliner Richtung“ unliebsam bemerkt. Es wird deshalb in dem Rundschreiben an die Unternehmer aufgefordert, daß der Arbeitgeberverband „die Leitung des Werkmeisterverbandes in ihrem Kampf gegen die gewerkschaftliche Richtung zu unterstützen habe“. So wird den Werkmeistern von den Unternehmern selbst bescheinigt, daß ihr Verband nicht als Angestelltenorganisation, sondern als Streikbrechergarde zu bewerten ist.

Was bedeutet heute der Werkmeister im Großbetrieb? Er sinkt immer mehr in die Rolle eines Antreiberers der Arbeiter herab. Historisch ist der Werkmeister überall als der älteste Fabrikbeamte zu bezeichnen. Denn wenn eine kleine Fabrik so groß geworden ist, daß der Besitzer den Betrieb nicht mehr selbst übersehen kann, sucht er sich aus der Schar der Arbeiter einen Vertrauensmann heraus. Den macht er zum Meister, zum Betriebsführer in der Werkstatt.

Zuerst spielt auch der Werkmeister im Betriebe eine wichtige Rolle, er ist ein ziemlich selbständiger Disponent. Er hat den Arbeitsprozeß einzuleiten, zu überwachen, hat vor allen Dingen in den Lohnfragen das entscheidende Wort, indem er die Arbeiter selbst antreibt und die Höhe ihres Lohnes selbst bestimmt.

Die Stellung des Meisters verändert sich aber, wenn der Betrieb von der einfachen Fabrik sich zum Großbetrieb auswehrt und das Wirtschaften zu einer modernen rationalen Betriebsführung wird. Dann sind die Werkstattkenntnisse und Werkstattserfahrungen nicht mehr ausreichend. Der Werkmeister der alten Schule muß neuen Leuten Platz machen, Fabrikorganisatoren, die das Gebiet der Betriebsführung sachgemäß erlernt haben. Diese neuen Berufsarbeiter bekommen den Auftrag, den Betrieb zu „reorganisieren“, Einrichtungen zu treffen, mit denen der höchste Profit für den Unternehmer herausgeholt werden kann.

Ein richtiger Kampf mit der „Meisterwirtschaft“ findet dann statt. Der Werkmeister wird kalt gestellt. Die Funktionen der Betriebsführung über den Gang der Arbeit, die Festsetzung des Arbeitslohnes werden ihm abgenommen. Dafür wird er den Arbeitern gegenüber zu Willkürdienenstern verwendet.

Überall sehen wir Neueinrichtungen hervortreten, die so gleichförmig sind, daß sie nur auf Grund eines gemeinsamen Erfahrungsaustausches entstanden sein können. Man sucht im Arbeitsvertrag die höchsten Arbeitsleistungen zu fixieren und diese Reformmaßnahmen als Durchschnittsleistungen den übrigen Arbeitern aufzuzwingen. Dazu braucht der Unternehmer „Vertrauensleute“, die er zu Vorarbeitern und Werkführern macht. So steht der Meister auf der untersten Stufe der Fabrikbeamtenbureauration und wird doch nur zu Antreiberdiensten gebraucht. Er ist der Mietling und Lohnbedienter des Kapitalisten. Er muß Funktionen im Arbeitsplan durchführen, die er nicht selbst entworfen hat, die ihm aufgezwungen werden und für die er dann doch die Verantwortung zu tragen hat.

Der Industrieangestellte nimmt im allgemeinen immer eine Mittelstellung ein. Er steht zwischen dem Unternehmer und dem Arbeiter. Beim Werkmeister aber hat sich diese Position zu einer direkt undantbaren Pufferstellung entwickelt. Von oben gedrängt, nach unten zu treiben, setzen dem Werkführer die Arbeiter ihren Widerstand entgegen. Die Steigerung des Arbeitstempo zum Raubbau wird von den Arbeitergewerkschaften abzuwehren gesucht.

So ist der Werkmeister ein Pöbel, nach keiner Seite hin geschützt. Er findet nicht einmal einen Halt in seiner Organisation. Im Gegenteil. Die Vorstandsmitglieder im Werkmeisterverband tragen Scheuklappen, sie stehen diesen neuen Formen und Fragen im Arbeitsverhältnis fremd und unwissend gegenüber. Sie suchen eine Interessensharmonie mit den Unternehmern anzubandeln und zu bewahren, die es nicht gibt, die es um so weniger geben kann, je mehr den arbeitsorganisatorisch verfeinerten Betriebsformen zugestimmt wird. So werden die Berufsinteressen der Werkmeisterverbände in ihrem eigenen Verbands nicht gewahrt, sondern verlegt und verraten.

Es bleibt deshalb auch dieser Berufsgruppe nichts anderes übrig, als den gleichen Weg zu gehen, wie seit einigen Jahren die Techniker: der Berufsverband ist als Angestelltenorganisation auszubilden, als Angestelltengewerkschaft. Der Interessengegensatz, wie er auch zwischen Unternehmer und Angestellten vorhanden ist, muß seinen Niederschlag finden im Gewerkschaftskampf. Je eher die Werkmeister das erkennen, je einheitlicher sie sich, gleichgerichtet mit den Arbeitergewerkschaften, in Kampfesstellung dem Unternehmertum gegenüber zusammenschließen, desto besser für sie, für ihre eigene soziale Lage und Stellung, die sie im Produktionsprozeß einnehmen.

### Die Schwefelsäurefabrikation in Oberschlesien.

In engsten Zusammenhänge mit der obereschlesischen Zinkindustrie steht die Schwefelsäureproduktion. Schon im Jahre 1901 sind über 80 Prozent des obereschlesischen Zinks aus Blende hergestellt worden. Die Zinkblende muß zuerst abgeröstet werden. Die beim Abrosten entstehenden Gase sind schweflige Säuren und dienen vorwiegend zur Fabrikation von Schwefelsäure. Die Zahl der Zinkblende-Röstanstalten, welche mit Säurearbeiten nicht verbunden sind, verkleinert sich immer mehr. Im Jahre 1903 waren sechs Hütten dieser Art, im Jahre 1909 nur noch vier Hütten ohne Fabrikation von Schwefelsäure vorhanden. Dementsprechend steigert sich die obereschlesische Schwefelsäurefabrikation von Jahr zu Jahr. In der Fabrik der Silesiaphilie V zu Lipine wird wasserfreie flüssige Schwefelsäure hergestellt. Sie wird hauptsächlich in Zellulose- und Zuckerfabriken verbraucht. Der Schwefelsäurebedarf nach dem Westen Deutschlands wird durch die, gegenüber dem geringen Werte der Ware unverhältnismäßig hohe Tarifierung unmöglich gemacht: die Ausfuhr nach Rußland und Oesterreich-Ungarn wird durch die hohen Schiffszölle (für Rußland ca. 4,80 Mk. pro 100 Kilogramm netto) erschwert. Die Schwefelsäure findet ausgedehnte Verwendung bei der Fabrikation von Superphosphaten und in der Petrochemie-Industrie. Trotz der zu überwindenden hohen Fracht (durchschnittlich 5 Mk. für 100 Kilogramm) war die Ausfuhr der obereschlesischen Schwefelsäure nach Rumänien eine Zeitlang ziemlich beträchtlich. Das änderte sich, nachdem der rumänische Eingangs Zoll von 1,60 Mk. pro 100 Kilogramm in Kraft getreten war. Bedeutende Mengen obereschlesischer Schwefelsäure wurden auch von der obereschlesischen Petroleum-Industrie verbraucht. Die Entstehung einer Reihe von konkurrierenden Schwefelsäurefabriken in Oesterreich schmälerte dann den Absatz der obereschlesischen Werke.

In den letzten acht Jahren sind im Anschluß an die obereschlesischen Zinkblenderöststätten folgende Mengen von Säuren hergestellt worden:

Im Jahre	50prozentige Schwefelsäure Tonnen	Schweflige Säure Tonnen
1904	104 789	1059
1905	110 001	1509
1906	127 626	1625
1907	139 840	1435
1908	146 856	1884
1909	152 600	1671
1910	192 200	2322
1911	213 317	2357

Die Fabrikation von Schwefelsäure steigt demnach beständig, die Steigerung der Produktion war insbesondere groß in den letzten vier Jahren. Schließlich war die Produktion im Jahre 1911 gegenüber 1904 um 108 528 Tonnen oder 103,5 Prozent höher, hat sich also mehr als verdoppelt. Die Produktionszunahme für die wasserfreie flüssige schweflige Säure betrug in derselben Zeit sogar 122,5 Prozent.

Was die Arbeiterverhältnisse betrifft, so sind in den Zinkblenderöststätten, verbunden mit der Fabrikation von Schwefelsäure, an verschiedenen Arbeiterkategorien in den einzelnen Jahren beschäftigt gewesen:

Im Jahre	Arbeiter		weibliche Arbeiter	insgesamt
	über 16 Jahre	unter 16 Jahren		
1901	813	42	118	973
1902	1084	66	136	1286
1903	1156	53	136	1345
1904	1272	71	139	1482
1905	1511	123	164	1798
1906	1332	146	244	2222
1907	1951	181	264	2396
1908	2045	176	295	2516
1909	1838	120	250	2208

Die Zahl der Arbeiter vergrößerte sich in neun Jahren um 1235 oder um 127 Prozent; die Zunahme der erwachsenen männlichen Arbeiter betrug 1025 oder 126 Prozent, und der weiblichen Arbeiter 142 oder 112 Prozent. Obgleich im Jahre 1909 die Arbeiterzahl abnahm, ging die Jahresleistung pro Kopf ganz bedeutend in die Höhe. Sie stellte sich in bezug auf die abgeröstete Blende und hergestellte Schwefelsäure seit dem Jahre 1906 wie folgt:

Im Jahre	Abgeröstete Blende Tonnen		Schwefelsäure Tonnen	
	pro Kopf	pro Kopf	pro Kopf	pro Kopf
1906	89,3	58,1	58,1	58,1
1907	91,6	58,9	58,9	58,9
1908	95,5	59,1	59,1	59,1
1909	107,4	69,8	69,8	69,8

Die durchschnittliche Jahresleistung sowohl in bezug auf die abgeröstete Blende als auch auf die hergestellte Schwefelsäure ist pro Kopf seit 1906 fortwährend gestiegen.

Wenn wir berechnen, wieviel Arbeitslohn auf je 100 Mk. Produktionswert der hergestellten Säuren sowie auf je 100 Tonnen der abgerösteten Blende und Säuren entfallen, so bekommen wir folgende Tabelle:

Im Jahre	auf je 100 Mark Produktionswert		auf je 100 Tonnen Blende u. Säuren	
	Lohn Mk.	Lohn Mk.	Lohn Mk.	Lohn Mk.
1904	77,56	501,-	501,-	501,-
1905	87,08	523,90	523,90	523,90
1906	86,45	536,50	536,50	536,50
1907	92,26	577,80	577,80	577,80
1908	95,75	578,90	578,90	578,90
1909	97,03	585,60	585,60	585,60

Die gezahlten Löhne verschlingen in den letzten Jahren fast gänzlich den Wert der hergestellten Säure. Wäre die Schwefelsäure nicht ein Nebenprodukt bei der Zinkblenderöstung, so müßte man sagen, daß die Lage dieser Industrie eine ganz trostlose ist, da sie nicht einmal die Herstellungskosten von Schwefelsäure selbst decken kann. Da die Schwefelsäure ein Nebenprodukt, das Hauptprodukt dagegen die abgeröstete Blende ist, welche nachher zur Zinkblenderöstung verwendet wird, so bilden die Herstellungskosten von Schwefelsäure nur einen Teil von den Gesamtkosten, mit welchen die Zinkblenderöstung zu rechnen hat. Daß aber für die obereschlesische Zinkindustrie die Fabrikationskosten des Nebenprodukts keinesfalls unerträglich sind, ergibt am besten daraus, daß sie zu den rentabelsten Zweigen der obereschlesischen Montanindustrie gehört. So hat zum Beispiel die „Schlesische Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb“ im Jahre 1911 „nur“ 18 Prozent Dividende ausgeschüttet.

Die Arbeiter, welche in den Zinkblenderöststätten beschäftigt sind, dürfen auf das Gerede der Vorgesetzten, daß die Löhne nicht aufgebessert werden können, weil der Absatz von Säuren mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat und die Folgen ihrer Herstellung sich nicht decken, nicht achten. Sie müssen die Frage prüfen, ob die Zinkindustrie als solche imstande ist, höhere Löhne zu zahlen. Letzteres ist nach unserer Auffassung ganz gut möglich, nur ist unbedingt nötig, daß die Arbeiter der Zinkblenderöststätten eine organisierte Macht bilden, welche die Hüttenbesitzer zur Zahlung solcher Löhne, die zum menschlichen Dasein notwendig sind, zwingen würde.

Die gegenwärtigen Löhne sind dazu gänzlich ungenügend. Es betragen die Durchschnittslöhne

im Jahre	der männlichen Arbeiter		d. weibl. Arbeiter
	über 16 Jahre	unter 16 Jahren	
1901	1107,58	355,81	359,55
1902	1011,89	308,88	350,44
1903	1034,22	315,28	364,92
1904	1015,15	316,62	358,72
1905	948,46	205,70	302,20
1906	904,52	216,50	288,77
1907	1006,54	196,18	324,86
1908	1034,40	219,55	337,10
1909	1169,90	384,18	387,03

Nach der Statistik der obereschlesischen Berg- und Hüttenwerke, aus welcher alle obigen Zahlenangaben entnommen sind, zeigen die Jahre 1905 bis 1907 nicht die wirkliche Höhe der Jahresdurchschnittslöhne, da die betreffenden Arbeiter nicht das ganze Jahr hindurch in den Zinkblenderöststätten gearbeitet haben. Für die Angaben der anderen Jahre fällt diese Beschränkung fort. Es ist zu konstatieren, daß der Jahresdurchschnittslohn der erwachsenen männlichen Arbeiter im Jahre 1908 gleich demjenigen vom Jahre 1903 war. Er hat sich im Jahre 1909 gegenüber dem Vorjahre zwar um 135,5 Mk. gehoben, war jedoch, was bedeutend mehr besagt, nur um 62,32 Mk. oder um 5,6 Prozent höher als im Jahre 1901. Da aber die Lebensmittelpreise im Jahre 1909 gegenüber 1901 höher waren als um 5,6 Prozent, — tatsächlich sind sie um etwa 20 bis 25 Prozent gestiegen worden — so wird es klar, daß die Lage der Arbeiter der obereschlesischen Zinkblenderöststätten im Jahre 1909 bedeutend schlechter waren, als am Anfang des Jahrhunderts. In den beiden letzten Jahren ist es auch nicht besser geworden. Seit 1910 enthält die obereschlesische Vereinsstatistik nur monatliche Angaben über die Zinkblenderöststätten, so daß es nicht möglich ist, die Gruppe der mit Schwefelsäurefabrikation verbundenen Betriebe herauszugreifen. Im Jahre 1911 stellte sich der Durchschnittslohn in allen Zinkblenderöststätten für die erwachsenen männlichen Arbeiter auf nur 1186,24 Mk.

Die Aufbesserung der Löhne ist angehts der herrschenden Teuerung unbedingt nötig. Sie ist nur durch den Druck einer starken gewerkschaftlichen Organisation zu erreichen. Eine solche müssen sich die Arbeiter der obereschlesischen Zinkblenderöststätten, die eher, desto besser für sie kämpfen, indem sie sich dem freien Fabrikarbeiterverband anschließen.  
E. M. I. C. J. P. A. r. i

Die Elberfelder Farbwerke auf der Arbeiterschaft.

Das die Farbwerke immer Arbeiter benötigen, zeigt folgender Brief, den ein Schlosser in der Pfalz auf eine Anfrage von den Farbwerken erhalten hat:

Bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 4. August teilen wir Ihnen mit, daß wir nicht abgeneigt sind, Sie bei einem Anfangslohn von 40 Pf. als Arbeiter zu beschäftigen, vorausgesetzt, daß Sie von unsrem Fabrikat für gesund und arbeitsfähig befunden werden und nicht unter 20 und nicht über 45 Jahre alt sind. Sollten Sie über Ihren Gesundheitszustand nicht genau orientiert sein, so schlagen wir Ihnen vor, sich von einem dortigen Arzt (besonders auf Lunge) untersuchen zu lassen. Die Kosten der Untersuchung vergüten wir Ihnen nach der Einstellung zurück. Das Attest muß beigelegt werden. Falls Sie gewillt sind, die Stelle bei uns anzunehmen, so ersuchen wir Sie, sich mit Ihren Papieren auf unserm Fabrikat (Schalter 2) vorzustellen. Sonnabends nachmittags sind unsere Schalter geschlossen.

Nachrichtungsblatt  
Ausschluß für Arbeiterangelegenheiten:  
Dr. Schulte.

Der Arbeiter hatte angefragt, ob er als Schlosser eintreten könnte; die Firma zeigt, soll er als Arbeiter eingestellt werden. Uns scheint das nun die Leute, wenn sie antommen, in die Gießerei zu stellen, bis eine Stelle in der Schlosserei frei ist. Bestärkt werden wir in unserer Auffassung dadurch, daß ausdrücklich empfohlen wird, der Mann möge sich, besonders auf Lunge, untersuchen lassen. Der Anfragende verzichtete natürlich nach näherer Erkundigung auf die Stelle in Zimmereisen, wo keine freie Meinung gebildet wird, zumal er eine Stelle hat, wo er mit 45 Pf. die Stunde entlohnt wird und wo seinem Koalitionsrecht nichts in den Weg gelegt wird. — Die Farbwerksarbeiter werden auf indirekte Art zum Sparen gezwungen. Spartenach brüsten sich dann das Unternehmertum mit den angeblich „gepörrten“ Summen. In Wirklichkeit müssen solche Sparen die Spargelder erzhungern, was folgende Lohnliste von einem Arbeiter in den Farbwerken beweist:

Bruttolohn 23,22 Mk.  
Davon ab: Miete 7,- Mk.  
Mietersparlaste 0,50 „  
Fabrikparlaste 0,50 „  
Kranken- und Inv.-Kasse 0,64 „  
Sohz 0,60 „ 9,24 „  
Summa 13,98 Mk.

Dazu ist der Arbeiter verheiratet und besitzt sechs unmündige Kinder. Die man bei einem solchen Lohn noch in zwei Sparkasten sein kann, das ist uns unbegreiflich. Bei dem Arbeiter muß zu Haus die bitterste Not herrschen, aber um oben gut angesehen zu sein, zahlt er doch in diese beiden Kassen. Die Folgen hiervon sind die besanntesten. Mit rund 14 Mk. können unmöglich 8 Personen 7 Tage leben. Es wird geborgt und kann nicht bezahlt werden. Der Krämmer kalkuliert diese Verluste wieder in den Verkaufspreis ein, und der eifrige Bezahler muß die auf diese Weise verloren gegangenen Summen mitbezahlen.

Notizen vom Wirtschaftsmarkt.

Hamburg. Die Sprengstoff-Alt-Gez. Carbonit erzielte bei einem Bruttogewinn von 6,30 (5,94) Millionen Mark, nach 136 805 (122 926) Mark Abschreibungen, einen Reingewinn von 299 169 (157 396) Mk. Davaus wird eine Dividende von 8 1/2 (7 1/2) Prozent verteilt. — Altona. Die konsolidierte Gemische Fabrik zu Altona, von deren Aktien sich ein Teil im Besitze der Scheidemantel-Gesellschaft befindet, schließt das abgelaufene Geschäftsjahr mit einem Verlust ab. Die Unterbilanz vermehrt sich dadurch weiter auf 40 744 Mk. — Ganaa. Das Geschäftsergebnis der Stahlfabrik weist für 1911 einen weiteren Verlust von 90 615 Mk. auf. Einschließlich des vorjährigen Verlustes ergibt sich ein Gesamterlust von 158 780 Mk. Das zweite Geschäftsjahr wird noch als Baujahr angesehen. Sorgefassen ist, die im Bau begriffenen Anlagen noch in diesem Jahre zu vollenden und die Fabrik in vollen Betrieb zu nehmen.

Zement- und Ziegel-Industrie Die Ziegelindustrie Bayerns im Jahre 1911.

Die Ziegelindustrie Bayerns hat auch im Jahre 1911 eine günstige Geschäftskonjunktur zu verzeichnen. Wohl sind die Betriebe von 838 auf 805, also um 33 zurückgegangen, ebenso auch die beschäftigten Personen von 25 377 auf 25 241, also um 136, doch ist diese geringe Abnahme eine notwendige Folge des technischen Fortschritts, an der auch die beste Konjunktur nichts ändern wird. Nur der gewerkschaftlichen Organisation ist es vorbehalten, durch Verkürzung der täglichen Arbeitszeit der Ausschaltung der menschlichen Arbeitskräfte entgegenzuwirken. Gegen das Verschwinden der kleinen Betriebe ist indessen in unserem Zeitalter kein Kraut gewachsen. Die 25 241 Beschäftigten setzen sich zusammen aus 19 706 erwachsenen männlichen Arbeitern, 3224 erwachsenen (über 16 Jahre) Arbeiterinnen, 2077 Jugendlichen und 234 Kindern. 5535 Arbeitskräfte oder rund 22 Prozent sind mithin Frauen und Kinder, also besonders billige, was natürlicherweise auch auf die allgemeinen Lohn- und Arbeitsverhältnisse einen ungünstigen Einfluß ausübt. Wenn trotzdem in Bayern im Berichtsjahre eine erfreuliche Steigerung der Arbeitslöhne zu verzeichnen ist, so ist das im wesentlichen dem Erstarken der Organisation zu verdanken.

Oberpfalz zählte 199 Ziegeleien mit 6592 Beschäftigten und hat damit gegen das Vorjahr eine Abnahme von fünf Betrieben und 263 beschäftigten Personen. Hier wird ein sehr großer Prozentsatz italienischer Ziegeleiarbeiter beschäftigt, wodurch die Arbeitsverhältnisse auf einem ziemlich niedrigen Niveau gehalten werden können. Die Gewerbeinspektion bestätigt das mit folgendem: „Mehrmäßige Dauer der regelmäßigen Arbeitszeit ist noch häufig in den Ziegeleien mit italienischer Arbeiterschaft zu bemängeln, die, und zwar männliche sowohl wie weibliche, erwachsene als auch jugendliche Arbeiter, täglich zwölf Stunden arbeiten, und auch die Bremer vielfach mit nur 6 bis 7 Stunden Ruhezeit zwischen zwei Arbeitsschichten sich begnügen müssen. In einer Ziegelei wurde ermittelt, daß die als Fuhrwerklenker zum Transport der Steine auf dem Kollektis bestellten jugendlichen Arbeiter von 4 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, also 14 Stunden tätig sein mußten.“ An anderer Stelle heißt es: „An geordneter Lohnzahlung fehlt es vielfach noch in den Ziegeleien; diese Betriebe beschäftigen fast ausschließlich italienische Arbeiterschaft und überlassen die geschäftlichen Fragen bezüglich der Herstellung der Steine und die Arbeiterfürsorge ausschließlich mehr oder weniger dem italienischen Beamten, dem Ziegelei-Affordanten. Da sich unter diesen auch nicht einwandfreie Elemente befinden, bietet sie nicht immer Gewähr dafür, daß die Arbeiter den verdienten Lohn auch ungehindert erhalten. Die bittersten und beschwerlichsten Klagen, die in dieser Beziehung auch im laufenden Jahre von den Arbeitern einiger Ziegeleien laut geworden sind, haben das zutreffende Bestreben veranlaßt, die Arbeitgeber (Ziegeleibesitzer) auf Grund der §§ 115 und 119 der Gewerbeordnung anzuklagen, den Arbeitern den seit Kampagnebeginn zuzehenden Lohn auf Verlangen ausbezahlen.“ Dieses löbliche Eingreifen der Behörde zugunsten der Arbeiter ist leider nur selten zu verzeichnen. Unvorbereitete Forderungen, den Ziegeleibesitzer als eigentlichen Arbeitgeber für den Arbeitslohn gesetzlich haftbar zu machen, wird

in der Regel von den Behörden nicht begriffen, und so sind denn die Arbeiter stets die Leidtragenden.

Die Unterkunftsverhältnisse reihen sich natürlich diesen Uebelständen würdig an. Heißt es doch in dem amtlichen Bericht: „In den Schlafräumen der Wanderarbeiter in Ziegeleien war auch in diesem Jahre wieder der Kampf gegen Ungeziefer an der Tagesordnung. Doppeltlägerige Bettstellen waren mehrfach zu unterlagern.“ Weiter heißt es dann: „In den Ziegeleien wird der Aufrechterhaltung der guten Sitten und des Anstandes bei der Unterbringung der Arbeiter nicht genügend Rechnung getragen; so war im Berichtsjahre wieder mehrfach das Schlafen von Personen beiderlei Geschlechts in gleichen Räumen zu beanstanden; in einem Betriebe mußten der Affordant, der Brorarbeiter und ein 14-jähriger Junge den Schlafraum der Arbeiterinnen als Durchgang zu ihrem Zimmer benutzen.“ Würde es sich dabei um weibliche Angehörige der Ziegeleibesitzer handeln, so würden die Herren zweifellos etwas mehr Pflichtgefühl entwickeln. Aber Arbeiterinnen, besonders in Ziegeleien, bedürfen keiner Rücksicht.

Niederbayern hatte 122 Ziegeleien mit 4038 beschäftigten Arbeitern. Die Zahl der Betriebe hat damit um fünfzig genommen, die Zahl der Arbeiter dagegen um 60 abgenommen. Hier steht schon seit jeher die Ausbeutung der billigen Arbeitskräfte in äppiger Blüte. Sind doch unter den 4038 Beschäftigten 1248 — das sind rund 30 Prozent — Frauen und Jugendliche. Diese Ausbeutung der billigen Arbeitskraft hat denn auch eine ständige Ueberfremdung der dafür gezogenen Grenzen zur Folge. So wurden wiederum in zwei Ziegeleien Frauen vorgefunden, die das Brennen nicht nur bei Tage, sondern auch zur Nachtzeit, ebenso auch an Sonn- und Festtagen zu besorgen hatten. In verschiedenen Fällen mußten den Frauen auch die Beschäftigung bei der Materialgewinnung in den Schmelzgruben unterlagert werden, ebenso auch die Beschäftigung von Schulkindern. — In 14 Ziegeleien waren die Unterkunftsverhältnisse der Wanderarbeiter derart jammervoll, daß sich die Gewerbeinspektion gezwungen sah, auf eine Besserung zu drängen. Eine Umfrage über die Lohnzahlung ergab, daß in 22 Ziegeleien der volle Lohn erst am Kampagneschluß gezahlt wurde, während in allen andern Ziegeleien die monatliche Lohnzahlung eingeführt war. Daß diese Lohnzahlungsmethode geeignet ist, die jetzigen Uebelstände zu konfervieren, bedarf wohl keines besonderen Beweises. Der Arbeiter, der stets einen Teil seines Lohnes beim Affordanten oder Besitzer ausstehen hat, ist natürlich auch sehr leicht geneigt, alles entgegenzunehmen, was ihm diktiert wird, da er ja durch den Lohnrückstand gebunden ist. Sollen die jetzigen Zustände eine Besserung erfahren, so ist vor allem darauf Bedacht zu nehmen, daß sich die wöchentliche völlige Lohnzahlung allgemein einbürgert, denn es genügt vollständig, wenn die Arbeiter ihre Arbeitskraft dem Unternehmer eine Woche kreditieren.

In Schwaben ist eine Abnahme von acht Betrieben und 173 Beschäftigten zu verzeichnen. Es wurden gezählt 116 Ziegeleien mit 2374 Arbeitern. Die Berichterstattung der Gewerbeinspektion ist in diesem Kreise etwas mager ausgefallen. Es wird berichtet, daß in einer Ziegelei das Zusammenschlafen von männlichen und weiblichen Arbeitern in einem Räume und das Zusammenschlafen von zwei Arbeitern in einer Schlafstätte zu verbielen war. In den Ziegeleien, wo deutsche Arbeiter beschäftigt wurden, hat sich deren Einfluß, besonders auf die Arbeitszeit, günstig bemerkbar gemacht. Wo deutsche, oder italienische und deutsche Arbeiter die Arbeiterschaft darstellten, betrug die Arbeitszeit im allgemeinen täglich zehn Stunden, während diese in Ziegeleien mit nur italienischen Arbeitern 12 und 13 Stunden dauerte. Daraus ergibt sich, daß die italienischen Arbeiter unsern Bestrebungen auf Einführung einer vernünftigen Arbeitszeit wohl zugänglich sind, wenn ihnen die nötige Aufklärung zuteil wird.

Die Oberpfalz zählte 50 Ziegeleien mit 2841 beschäftigten Personen. Gegen das Vorjahr bedeutet dies eine Abnahme von 5 Betrieben und eine Zunahme von 229 Arbeitern. Nach dem Gewerbeinspektionsbericht müssen die oberpfälzer Ziegeleiarbeiter über die besten Arbeitsverhältnisse verfügen, denn der Bericht führt nur an, daß in vier Ziegeleien die sonntägliche Ruhezeit der Bremer nicht eingehalten wurde. Andre Mißstände sind nicht bekannt geworden, obwohl die Beamten angelegentlich danach gefahndet haben. Daß letzteres geschehen ist, beweist die Tatsache, daß der Beamte auf seinen Streifzügen sogar erwidert hat, daß die Tonwarenfabrik Schwandorf für ihre Arbeiterinnen einen Kochturm veranfaßte. Vielleicht sind die Kollegen der Oberpfalz in Zukunft so freundlich, den Gewerbeaufsichtsbeamten die amtliche Brille etwas näher zu helfen, indem sie uns von allen bestehenden Mißständen unterrichten.

Mittelfranken wies 70 Ziegeleien auf, in denen 2365 Arbeiter beschäftigt wurden. Es sind dies eine Ziegelei weniger und 69 Arbeiter mehr wie im Vorjahre. Daß die billige Arbeitskraft auch hier geschätzt und ausgenutzt wird, zeigt sich daran, daß in einer Ziegelei Arbeiterinnen angetroffen wurden, die mittels Küden-Dragsörbe die geformten Steine nach den ziemlich weit entfernten liegenden Trockengestellungen trugen. Es wurde dies als eine außerordentlich gesundheitschädigende Arbeit erachtet und deshalb verboten. — In der Lehmgube einer Ziegelei hatte ein Arbeiter aus der harten Erde ein Stück Lehm los. Dieses stürzte auf den Arbeiter zu und brachte ihn derart unglücklich auf eine am Boden liegende Schaufel zu Fall, daß ihm die Schläfe eingeklagen wurde. — Wie die Sorge um die Ergänzsmittel oftmals alle Rücksicht auf die Gesundheit beseitigt, zeigten die Arbeiter einer großen Zonosenfabrik, die aus Furcht vor dem Lohnausfall sich gegen die Einführung einer Arbeitspause am Nachmittag wandten, die eingeführt werden sollte, um die Gefahr der Bleierkrankungen zu vermindern, die durch das Essen während der Arbeit gegeben ist. Ohne Zweifel entbehren die Arbeiter nicht nur der nötigen Aufklärung, sondern auch der gewerkschaftlichen Organisation, die den Lohnausfall durch eine Lohnersatzung ausgleichen konnte.

Oberfranken hat bei 75 Ziegeleien mit 1929 Arbeitern einen Rückgang von 4 Betrieben und 31 Arbeitern zu verzeichnen. Auch in diesem Bezirke sind Mißstände nicht wahrgenommen worden, da nur über einen Unfall berichtet wird, den ein Arbeiter erlitt, der mit dem Abfahren der Ziegelsteine mittels Fuhrwerk beschäftigt war. Er wurde bei dieser Arbeit zwischen den Wagen und eine Mauer gequetscht, so daß der Tod sofort eintrat. Die Pfalz zählte 112 Ziegeleien mit 4026 Arbeitern, gegen 115 Ziegeleien mit 4011 Beschäftigten im Vorjahre. Es hat sich mithin nur eine geringe Verjüngung ergeben. Dieser Bezirk hat

anscheinend ein Unternehmertum aufzuweisen, das mit einem ziemlich weiten Gewissen ausgerüstet ist. So war vor allem in den Zonosenbetrieben eine recht mangelhafte Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften festzustellen. Einer Grube mußte aus diesem Grunde sogar das Weiterarbeiten verboten werden. Obwohl die Unternehmer verschiedentlich dringend aufgefordert wurden, den Vorschriften nachzukommen, ereigneten sich immer wieder schwere Unfälle, die auf deren Nichtbeachtung zurückzuführen waren. Auch in den Zonosenbetrieben ließ die Innehaltung der Arbeiterschutzvorschriften viel zu wünschen übrig. Durch das Unterhöhlen beim Abbau verlor ein Unternehmer sein eigenes Kind, das, in der Grube spielend, von unterhöhlten und hereinstürzenden Felsmassen verschüttet wurde. In zwei Ziegeleien mußte die Beschäftigung von Schulkindern verboten werden. Ein Ziegeleibesitzer wurde wegen Lieferung von Bier, das er zu einem höheren als dem Anschaffungspreis an die Arbeiter abgab, mit 20 Mark bestraft.

Unterfranken hatte 61 Ziegeleien mit 1076 Beschäftigten zu verzeichnen, was gegen das Vorjahr eine Abnahme von 12 Betrieben und eine Zunahme von 78 Arbeitern bedeutet. Auch hier konnte die Gewerbeinspektion keinerlei Mißstände finden, wohl aber hat sie erachtet, daß eine Ziegelei für die Wanderarbeiter drei neue Schlafräume mit Küche errichtet hat. Das Hervorheben dieser Tatsache beweist, daß in diesem Bezirke die Erfüllung der Unternehmer den Arbeitern gegenüber eine Seltenheit ist. Es wird erst Aufgabe der Organisation sein, dafür zu wirken, daß sie möglichst bald zur Regel werde.

Die Wage des Ziegelmeisters.

Die Uhren und Wagen der Ziegelmeister sind oft recht eigentümlich. Zuerst: Die Uhren gehen in der Regel beim Beginn der Arbeit etwas vor und beim Arbeitsschluß ebenso viel nach, so daß sich die Arbeitszeit um eine halbe Stunde pro Tag verlängert. Ähnlich ist es bei den Wagen; ihr Zünglein neigt sich mit Regelmäßigkeit um einige Delagramm, aber auch um mehr, zu früh zur Seite zum Nachteil der Arbeiter. Damit soll natürlich nicht behauptet werden, daß sich diese Eigentümlichkeiten bei allen Ziegelmeistern zeigen, oder daß diese von den Ziegelmeistern gefordert werden. In manchen Ziegeleien ist eben die Zeit der Feingeländchen noch nicht ganz vorbei und diese Roboter treiben dann ihr Unwesen stets zum Schaden der Arbeiter.

Auch in der Ziegelei Rödter in Unterath bei Düsseldorf scheinen diese Geister zu haufen. Die Arbeiter hatten dort bei dem Bezug von Waren schon seit längerer Zeit bemerkt, daß das Quantum Ware nicht im richtigen Verhältnis zum geforderten Gewichte stand; es schien ihnen stets zu wenig. Um diesem Verdrach auf den Grund zu gehen, ließen sich die Arbeiter selbst eine Wage und wogen die vom Meister bezogenen Waren bei der nächsten Gelegenheit nach. Dabei ergab sich, daß sie fast immer zu wenig Ware erhielten. Der Meister Ketzmeier, auf dieses Mißverhältnis aufmerksam gemacht, machte natürlich die Wage dafür verantwortlich. Damit die Arbeiter aber in Zukunft für ihr richtiges Geld auch ihr richtiges Gewicht erhalten, versprach er, die Wage zu schmieern.

Das Verschmieren des Meisters, Abhilfe zu schaffen, in Ehren; das Schmieren der Wage ist aber dazu ein recht untaugliches Mittel. Denn geht die Wage wirklich so schwer, daß sie des Schmierens bedarf, so können die Arbeiter vor Glück reben, daß sie seither nicht geschmiert war, sie hätten sonst noch weniger erhalten. Die geschmierte Wage wird also dem Spul der Feingeländchen noch mehr ausgelegt sein, und deshalb ist es nötig, daß die Arbeiter die Nachkontrolle nicht vernachlässigen.

Nun sei aber noch auf einen Uebelstand hingewiesen, den die Feingeländchen nicht verschulden. Der Arbeiterwettbewerb ist in diesem Betriebe ein ziemlich reger. Ob die ungeschmierte Wage des Meisters dazu beiträgt, läßt sich nicht bestimmen feststellen. Sobald nun ein Arbeiter die Stätte seines Wirkens verläßt, wird ihm eine Mark für Bettwäsche abgezogen, auch wenn er fertige Bettwäsche gar nicht gesehen hat, sondern in den Schmutz und Schweiß seines Vorgängers kriechen mußte. Ist es schon eine merkwürdige Zumutung für die Arbeiter, die gesetzlichen Verpflichtungen der Unternehmer mit ihren sauer erworbenen Arbeitergehältern zu honorieren, so ist es doppelt unverständlich, den Arbeitern einen Teil ihres Lohnes für etwas abzulassen, das sie nicht erhalten haben. Hoffentlich tragen diese Leute dazu bei, daß dieser Uebelstand in Zukunft nicht mehr wahrgenommen wird. Uebrigens soll in dieser Kampagne die Bettwäsche noch nicht gewechselt worden sein, woran wir hiermit erinnern.

Des weitern ist auch die Behandlung der Arbeiter durch den Meister nicht besonders rücksichtsvoll. So wird in dem Betriebe ein älterer Arbeiter mit dem Weggehen der Steine beschäftigt. Als vor einiger Zeit keine trockenen Steine zum Weggehen vorhanden waren, sollte der Arbeiter ausstarren, also eine Arbeit verrichten, wozu eine robuste Gesundheit erforderlich ist. Nachdem der Arbeiter dem Meister bedauerte, daß er doch dieser Arbeit nicht mehr gewachsen sei, ließ man ihn einfach fern, anstatt ihm auf andere Weise eine andre Arbeit zuzuwenden. — Alle die Vorgänge weisen darauf hin, wie notwendig gerade für die Ziegeleiarbeiter die Organisation ist, mit deren Hilfe sie sich Achtung, Brot und Recht erringen können. Natürlich darf es keine Organisation in Westentaschenform sein, die von den Unternehmern nur verböhnt wird.

— Wilhelm a. Rh. In der Steinfabrik von Pagenstecher bester die Zustände, die das Leben und die Gesundheit der Arbeiter gefährdet. Nicht lange ist es her, daß ein Arbeiter im Betriebe sein Leben lassen mußte. Man hätte nun annehmen sollen, daß die Firma alles tun würde, um die Ursachen dieses bedauerlichen Unfalls aus der Welt zu schaffen. Weit gefehlt! Abermals mußte ein Arbeiter in der Fabrik sein Leben lassen, und ein zweiter ist diesem Schicksal noch mit Inzuber Zeit entgangen. Zunächst muß festgestellt werden, daß die Arbeiter der Pöstkolonne im Moor beschäftigt sind, daß sie das Stangieren der Eisenbahnwagen mit zu erlernen haben. Sie haben also das größte Interesse daran, diese Arbeit möglichst rasch zu erlernen. Das ginge auch, wenn nicht die Gleisanlagen in einem Zustande sich befänden, der an sich eine Gefahr darstellt. Rechts und Links der Gleise liegen große Haufen Rohmaterial und Steine, so daß es den Arbeitern nicht möglich ist, an der Seite der Wagen zu stehen, sondern nur an den Puffern. Daß bei solcher Arbeitsmethode ein Unglück manchmal nicht zu vermeiden ist, leuchtet wohl jedem ein. Aufgabe der Werkleitung muß doch sein, sich um diese Zustände mehr zu kümmern! Hier helfen keine Verordnungen und Strafen, sondern nur eine gründliche Remedur der Gleisanlagen. Nur dann wird es möglich sein, solche Fälle unmöglich zu machen.

Ähnlich unhaltbare Verhältnisse bestehen auch in sanitärer Beziehung. Eine Wascheinrichtung ist nicht vorhanden. In jeder Ecke der verstaubten Räume steht ein abgelagerter Schmutzhaufen, der die einzige Wascheinrichtung für die Arbeiter darstellt. Auch fehlt es an Trinkwasser. Besonders sei noch auf die Behandlung einiger Meister hingewiesen (deren Namen wir zunächst noch verschweigen wollen), die die Arbeiter mit allerlei Kosenamen belegen. Diese Leute täten besser, für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zu sorgen. Den meisten Eifer beweisen diese Herren bei der Jagd auf „Rotwild“. Da überbietet einer den andern. Sobald man jemand auch nur im Verdacht hat, organisiert zu sein, der wird ohne weiteres aufs Straßenpflaster gesetzt. Zeigen schon die Mißstände, daß die Firma für die Arbeiter nicht viel übrig hat, so tritt dies in der Entlohnung der Arbeiter noch deutlicher zutage. Hier seien nur die Formen erwähnt. Im Jahre 1907 wurden für tausend A-Steine noch 80 Pf. bezahlt, jetzt nur noch 60 Pf., wobei sich die Formen noch die Erde selbst holen müssen. Und dies in einer Zeit, wo die Lebenshaltung der Arbeiter sich ganz bedeutend verteuert hat! Soviel für heute. Wir raten den leitenden Personen, sich in Zukunft mehr um diese mißlichen Verhältnisse zu kümmern, als um das Koalitionsrecht der Arbeiter. Die alte Wahrheit könnte bei diesen Leuten auch schon Eingang gefunden haben: Die Arbeiterbewegung in ihrem Lauf, hält weder Ochs noch Esel auf! Der Arbeiterkampf aber rufen wir zu: Organisiert euch, stellt euch an die Seite eurer organisierten Arbeitsbrüder! Einem in den Fabrikarbeiterverband!